

Die BerlinStudie - 5 Jahre danach, ein elegischer Blick in die Zukunft

Eberhard v. Einem
Berlin, 4/2006

2001 veröffentlichte der Senat von Berlin die sog. BerlinStudie. 5 Jahre später ist es Zeit für eine Erfolgskontrolle: Wie wurde die BerlinStudie aufgenommen ? Welche der Empfehlungen wurden umgesetzt, welche nicht und warum ?

Die BerlinStudie geht auf eine „Anregung“ der EU Kommission in Brüssel aus dem Jahr 1997 zurück; diese trieb – in diplomatisch Formulierungen verpackt - die Sorge um,

- dass sich Berlin als neue Bundeshauptstadt mit seinem brandenburgischen Umland zu viel Zeit mit notwendigen Modernisierungen beim Übergang ins 21. Jahrhundert lässt,
- dass die Stadt weiter zu sehr auf Hilfen von außen setzen, z.B. in Form von Bundes- und EU Zuschüssen,
- dass sie die hohe Dauerarbeitslosigkeit (damals offiziell 270.000, jetzt 350.000, de facto rd. 450.000) weitgehend ratlos gegenübersteht, wenn nicht tatenlos hinnimmt,
- dass sie für die damals rd 75.000 jugendlichen Sozialhilfeempfänger Perspektiven entwickeln müsse,
- dass sie den Zustrom der ausländischer Zuwanderer ausbremst und Neubürger nicht aktiv integriert,
- dass sie den Brückenschlag nach Polen nur halbherzig betreibt und
- dass sie – letztlich - auf dem Weg in die Zukunft konzeptlos agiert.

Berlin – schon damals Schlusslicht der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Europa - könnte, so die Befürchtung, die einmalige Chance der deutschen Einigung und der Öffnung Osteuropas verpassen, den Anschluß an andere sich schneller wandelnde Metropolregionen in Europa verlieren, von deren dynamischerer Entwicklung übersprungen werden und damit in der Konkurrenz der Großstadregionen weiter zurückfallen. Die Ziele einer wirtschaftlich-sozial-ökologisch ausgewogenen Entwicklung, die sich nachhaltig selbst trägt, würden sich damit als nicht einlösbar erweisen. Kurz: Die EU vermisste in Berlin ein allgemein akzeptiertes Leitbild, eine Vision sowie eine breit abgestützte in sich kohärente Strategie.

Deshalb empfahl sie die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts, analog zu dem Londons, Wiens, Barcelonas oder Warschaus, das Politik und Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Verwaltung in Berlin und Brandenburg Schritt für Schritt einen in sich logischen und von allen nachvollziehbaren Weg aus dem „Tal der Tränen“ weist. Die EU bot Berlin ihre Bereitschaft zur Mitfinanzierung an und regte einen Prozeß der zivilgesellschaftlichen Selbstfindung an, um nicht nur die Politik, sondern alle wichtigen Schlüsselakteure auf ein Leitbild und eine Strategie zu verpflichten, die im Konsens von allen mitgetragen von jedem Partner an seinem Platz umgesetzt werden konnte.

Die damalige öffentliche Ausschreibung gewann ein Team von 15 Professoren aller Berliner Hochschulen, verstärkt durch einen ehemaligen Senator und einen Staatssekretär a.D., die sich als Gruppe „Zivile Wege ins 21. Jahrhundert“ zusammengefunden hatte. Nach 2 Jahren intensiver Beratungen und 4 großen Konferenzen (in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer, der Investitionsbank Berlin und der Marketinggesellschaft Partner für Berlin) legten die Autoren ihre Vorstellungen unter dem Leitbild **„Berlin - Stadt des Wissens“** vor. Auf 200 Seiten präsentierten sie – eingebettet in das Konzept einer Gesamtstrategie, rd. 120 aufeinander abgestimmte Empfehlungen zu allen Handlungsfeldern, quasi eine „Regierungserklärung“, wie sie der damalige Regierende Bürgermeister nie gehalten hatte u.a.

- zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft,
- zur Innovationsförderung und zum Arbeitsmarkt,
- zu Bildung und Forschung,

- zur Kultur,
- zu den Ost-West Beziehungen,
- zur Einwanderung,
- zum Wohnungsbau und zur Verkehrspolitik,
- zu Fragen des sozialen Ausgleichs,
- zur Jugend,
- zur Sicherheit sowie
- zur Kooperation Stadt – Umland.

Nicht alles, was als BerlinStudie später gedruckt der Stadtöffentlichkeit vorgelegt wurde, konnte für sich in Anspruch nehmen, grundsätzlich neu zu sein, aber noch nie hatte es in Berlin ein derart umfassend angelegtes Gesamtkonzept unter einem klaren Leitbild gegeben, das fachübergreifend die wechselseitigen Abhängigkeiten und Beeinflussungen berücksichtigte. (Der Senat hatte allerdings darauf bestanden, dass für den Druck nur eine redaktionell „abgeschliffene“ Fassung freigegeben wurde)

5 Jahre später müssen die Autoren mit gewisser Ernüchterung feststellen, dass die BerlinStudie zwar nicht folgenlos versandete, wohl aber blieb ihre Steuerungswirkung - gemessen am Anspruch der EU sowie den öffentlichen Absichtserklärungen des Senats – weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Der Senat und das Abgeordnetenhaus haben die BerlinStudie zwar offiziell zur Kenntnis genommen und damit durch Beschluß für sich selbst als bindend erklärt. Noch heute beruft sich – wie im Internet unter www.BerlinStudie.de nachzulesen – der Senat gern auf die BerlinStudie. Zudem haben sich mehrere Ausschüsse des Abgeordnetenhauses mit den Einzelempfehlungen befasst und diese teilweise gebilligt. Schließlich hat es der Senat durch großzügige Übernahme der Druckkosten von 2 Auflagen ermöglicht, dass die BerlinStudie kostenlos bezogen und damit weit gestreut werden konnte.

Die BerlinStudie litt letztlich daran, dass der Senat „Rosinenpickerei“ betrieb; d.h. obwohl es auch für Laien evident ist, dass Empfehlungen nur dann ihre volle Wirkung entfalten können, wenn sie nicht einzelnen, sondern als synergetisches Bündel beschlossen und umgesetzt werden, neigte der Senat dazu, sich einzelne Maßnahmen herauszugreifen, vorzugsweise diejenigen, die keine Kosten verursachten und andere – insbesondere die kostenintensiven – zu vernachlässigen. Ein Beispiel: So kappte der Senat – durchaus im Sinne der BerlinStudie – die Eigentumsförderung für den Wohnungsbau (Einsparung: 200 Mio. EUR p.a.), aber nicht, um dieses Geld – wie empfohlen - in den Bildungsbereich umzulenken, sondern, um die Mitteleinsparungen im allgemeinen Haushalt zu verbuchen. Das war so von den Autoren der BerlinStudie nicht gemeint.

Die wichtigste Empfehlung der BerlinStudie, künftig bei den infrastrukturellen Vorleistungen umzusteuern, weg vom Beton und hin zu den Köpfen, blieb weitgehend Makulatur. Nachdem die vorläufigen Ergebnisse der PISA-Studie (damals noch TMSS Studie) schon vor 2000 durchgesickert waren, legte die BerlinStudie ihren Schwerpunkt auf die Empfehlung, künftig entschieden auf den Bildungs- und Kulturbereich in seiner vollen Breite zu setzen: d.h. Investitionen in Kindergärten, in die Schulen, Hochschulen und die Forschung, die berufliche Bildung und die Erwachsenenbildung wie auch die Medien und die Träger kultureller Programme. Damit – so hofften die Autoren der BerlinStudie – könne es gelingen, die Herausforderungen des Leitbilds „Stadt des Wissens“ umzusetzen.

Die BerlinStudie knüpfte an den internationalen Forschungsstand an, nach dem es im 21. Jahrhundert auf Wissensvorsprünge ankommt, d.h. auf örtlich akkumuliertes Wissen in Form von Humankapital. Nicht Informationen sind in Zeiten weltweit Datenvernetzung noch der Engpaß, nicht Kapital, nicht harte Infrastruktur, sondern reflexives, möglichst vielfältiges Wissen, versammelt in den Köpfen der „kreativen Klasse“, um das erst einige Jahre später zum geflügelten Wort gewordene Zitat Richard Florida's zu verwenden. Erfolgreiche Metropolregionen zeichnet eines aus: ihr gebündeltes, vernetztes Top-Wissen, verstanden als individuelle sowie kollektive Fähigkeit, permanent zu lernen, mit Daten souverän umzugehen, sie zu interpretieren, Zusammenhänge über Fachgrenzen hinweg herzustellen, ohne die globale Risiken aus dem Auge zu verlieren. Wichtiger noch, als die Fähigkeit, in eigenen Instituten selbst laufend neue Forschungsergebnisse zu generieren, ist es, andernorts entwickelte Ideen, Kenntnisse und Innovationen schnell aufzunehmen und diese mit lokal vorhandenen know how zu verbinden sowie beides in Unternehmensstrategien umzusetzen. Diese Fähigkeit

bleibt auch in Zukunft regional gebunden. Kurz gesagt kommt es darauf an, dass in einer Stadtregion eine genügend dicke und differenzierte Wissensbasis vorhanden sein muß, um in der 1. europäischen Städteliga mitzuspielen. Zunächst bedeutet dies, als Stadtgesellschaft mündig zu werden, sei es in Form individuell unabhängiger Denker und Entscheider oder auch in Form vernetzter Wissensknoten, in denen Unternehmen und gesellschaftlich-politische Institutionen Hand in Hand ihre Schnelligkeit zu laufenden Innovationen beweisen.

Berlin hat zwar als Magnet insbesondere für junge Leute die Chance, einer dieser wenigen Knoten der Wissensgesellschaft in Europa zu werden – ein attraktives Umfeld, die Einbettung in eine kulturell und sozial stimulierende Szene und mit ihrer experimentierfreudigen, meinungsoffenen und toleranten Mentalität ist schon vorhanden - weitere Voraussetzung ist aber, dass sich Wirtschaft, Politik und Verwaltung als ebenso lernfähig erweisen und konsequent auf Investitionen in die regionale Humankapitalbasis umschalten, um in der Wissenskonkurrenz Vorsprünge zu gewinnen.

Da Wissen im reflexiven Sinne von schneller Lernfähigkeit selbst im Zeitalter ubiquitärer Daten auf wenige Metropolregionen konzentriert bleibt und zwar solche, die Talente anziehen, Talente ausbilden und die Talenten berufliche Perspektiven eröffnen, muß Berlin seine Strategie auf dieses Potenzial ausrichten. Die BerlinStudie setzte diesen Grundgedanken um, indem sie z.B. empfiehlt, die regionalen Ausbildungskapazitäten in allen Bereich zu vergrößern und zu verbessern, u.a. auch, indem sie die Zahl der Studenten nicht – wie angekündigt – von 135.000 auf 85.000 absenkt, sondern im Gegenteil allmählich auf 200.000 anhebt, wohlgerne unter gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Lehre und größerer Freiräume des Hochschulmanagements.

Gelegentlich wurde den Autoren der BerlinStudie entgegengehalten, diese Empfehlung sei geradezu utopisch und weltfremd.... dabei verkennend, dass sich die Autoren auf einen international schon angelaufenen Trend der Umorientierung bezogen. Die Wettbewerbsbedingungen zwischen den Großstadtregionen ändern sich, weg von der Konkurrenz um die Neuansiedlungen von Industriebetrieben hin zur Konkurrenz um Zugewinne bei den wissensintensiven Dienstleistungen, vor allem aber Konkurrenz um talentierte junge Leuten aus dem In- und Ausland. Andere Metropolregionen haben diesen Weg bereits eingeschlagen, Berlin redet zwar auch davon, beweist aber mit jeder Entscheidung aufs Neue, dass sie es mit diesem Ziel nicht ernst meint, letztlich einer der Gründe, warum andere Metropolregionen besser abscheiden. London, Madrid, Paris, Mailand u.a. bilden an ihren lokalen Hochschulen durchweg zwischen 200.000 und 300.000 Studenten aus, die größtenteils nach Beendigung ihres Studiums in der Region bleiben (wollen), sei es um einen gutbezahlten Job anzunehmen (u.a. bei Firmen, die ohne dieses kreative Arbeitsmarktpotential gar nicht kommen würden) oder aber, um sich selbständig zu machen. Berlin ist zwar zum Mekka junger Menschen geworden; die Stadt saugt Ausbildung suchende oder bereits andernorts ausgebildete junge Leute auf, vorzugsweise solche, die Neues ausprobieren wollen und die ein soziales Milieu suchen, das sie stützt und ihnen Freiräume lässt. Dass Berlin diese jungen Zuwanderer vor allem mit Ausbildungs- und Studienplätzen anziehen und dass die Stadt ihnen später den Start und das Überleben auf einem ggf. selbständigen Berufsweg erleichtern sollte, wurde und wird in der Stadt noch immer nicht als die letztlich einzig aussichtsreiche Option der Sanierung gewürdigt. Berlin zeichnet sich zwar durch eine überproportionale Quote an Neugründungen aus; dass diese aber selten die ersten Jahre überleben und nach einigen Jahren – insbesondere infolge restriktiver Beleihungspraxis der Banken - überproportional wieder verkümmern, entzieht sich der Wahrnehmung und der Logik der Senatspolitik.

Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen stehen unter der Hoheit der Länder Berlin und Brandenburg; da Investitionen in diesen Bereich zusätzliche Haushaltsmittel (wie auch privater Mittel) erfordern, die in der Region schlicht nicht vorhanden sind, stößt man bei der Frage nach den Gründen für die Engpässe bei der Umsetzung unmittelbar auf den Kern des Berliner Übels. Einmal mehr offenbaren sich die paralysierenden, die Zukunft verbauenden Wirkungen der Berliner Finanzkrise als das was sie sind: als Barriere notwendiger Reformen, als Damoklesschwert, das jede über den Tellerrand weisende Empfehlung, soweit sie Geld kostet, in den Bereich des Unrealistischen zu verbannen droht.

Nur 3 Monate nach Veröffentlichung der BerlinStudie platzte im April 2001 der Skandal um die Bankgesellschaft. Riskante Immobiliengeschäfte hatte die Bank an den Rand des Konkurses getrieben. Die Bewältigung dieser Krise dominiert seitdem die Politik der Stadt und verweist alle

anderen Themen, auch die Empfehlungen der BerlinStudie, auf die nachgeordneten Plätze. Nicht nur musste der regierende Bürgermeister zurücktreten; der neu gewählte rot-rote Senat erbte eine Hypothek, deren Höhe sich als unabsehbar erwies. Der neue Finanzsenator sah sich in der Pflicht, weitaus radikaler als seine Vorgänger, den Rotstift bei den öffentlichen Aufgaben anzusetzen.... in der Hoffnung auf eine bundesstaatliche Schuldenübernahme nach einem gnädigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Dass die Stadt damit de facto ein negatives regionales Konjunkturprogramm in Gang setzte und die Binnennachfrage strangulierte, sei hier nur angedeutet. Der Senat und das Abgeordnetenhaus sahen – die negativen Folgen für den regionalen Arbeitsmarkt billigend in Kauf nehmend - offenbar keinen anderen Weg, als die landeseigene Bankgesellschaft durch Aufnahme neuer Schulden in Höhe von 8 Mrd. € vor dem Konkurs zu retten und sie vor weiteren Risiken durch eine Landesbürgschaft von 21.6 Mrd. € abschirmen zu müssen. Damit beraubte sich die Stadt endgültig jedes weiteren Gestaltungs- und Handlungsspielraums für strukturelle Zukunftsinvestitionen und das auf Jahre.

Vor diesem Hintergrund passten die in der BerlinStudie empfohlenen Haushaltsumschichtungen zugunsten von Bildung, Schulen und Hochschulen nicht in die „politische Landschaft“, wie es im Politikerdeutsch so gern heißt; d.h. sie wurden gar nicht erst ernsthaft gegen andere Verpflichtungen abgewogen. Seitdem droht der Hinweis auf die immer präsente „Finanzkrise“ alle politischen Reformempfehlungen, so begründet sie auch sein mögen, im Keim zu ersticken. Berlin wirkt wie gelähmt... die Stimmung in der Stadt hat sich nachhaltig verdüstert und dies nicht nur im verarbeitenden Gewerbe und bei den traditionellen Dienstleistungen (z.B. Einzelhandel, Banken und Versicherungen), sondern auch bei jungen start ups. Diese gedrückte Stimmung unterscheidet Berlin deutlich von München, Hamburg oder Frankfurt, ganz zu schweigen von derjenigen anderer europäischer Metropolen. Berlin ist die Ausnahme. Nirgendwo sonst werden die Zukunftsperspektiven als derart belastet und angstbesetzt wahrgenommen, so dass sich nicht wenige resignierend abwenden, abwandern oder sich achselzuckend mit den Zuständen arrangieren.... in der vagen Hoffnung auf bessere Zeiten.

Ein Versagen der Politik lässt sich auch im Hinblick auf Berlins Umgang mit Migranten und Ausländern konstatieren. Dies war ein weiterer Schwerpunkt unter den Empfehlungen der BerlinStudie. Noch 1998 hatte sich der Senat vehement dagegen gewehrt, seine Ausländerpolitik überhaupt zum Gegenstand der Untersuchung im Rahmen der BerlinStudie zu machen. Die EU wollte darauf allerdings nicht verzichten und bestand im Gegenteil darauf, dass Berlin seine Rolle als eine der wichtigsten „gate way cities“, als Tor für Zuwanderer aus dem Osten Europas, ernst nimmt. Die BerlinStudie mahnte deshalb eine komplette Kehrtwendung der bis dahin vom Motiv Ausgrenzung geprägten Senatspolitik an und empfahl sowohl unter demographischen wie wirtschaftspolitischen Aspekten die aktive Werbung um Zuwanderer und verstärkte Anstrengungen zur Integration ausländischer Mitbürger.

Seit 40 Jahren leben zugewanderte ehemalige Gastarbeiter mit ihren Familien, teilweise bereits in der 3. Generation, in der Stadt, zudem auch Flüchtlinge, Asylsuchende und Wirtschaftsmigranten. Die Stadt beherbergt aus den verschiedenen Wellen der Anwerbung von Gastarbeitern zunächst südeuropäische, später türkische sowie in den 90er Jahren osteuropäisch geprägte Ethnien. Lange gab es im alten West-Berlin ein bemerkenswert friedliches Nebeneinander; von der deutschen Bevölkerung wurden die Zuwanderer eher gelassen bis gleichgültig hingenommen (rechtsradikale Ausschreitungen waren im brandenburger Umland häufiger als in Berlin), von der Politik wurden sie zunächst vernachlässigt, in den 90er Jahren dann mehr und mehr als unerwünschte Neubürger angesehen, die die Behörden zunächst mit Rückkehrprämien zur Ausreise zu bewegen suchten oder denen sie später – wenn sie denn bleiben wollten - bei der Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen und der Erteilung von Arbeitserlaubnissen Schwierigkeiten machten. Wie hoch die genaue Zahl der Zugewanderten ist, gehört zu den ungelüfteten Geheimnissen der Stadt. Niemand kennt die genaue Zahl, da sich Zuwanderung zu großen Teilen in der Grauzone des Ausländerrechts abspielt. Die Dunkelziffer bewegt sich im 6-stelligen Bereich.

Die BerlinStudie empfahl, dass Berlin sich zu seiner Rolle als Einwandererstadt bekennt, dass sie die soziale Zumutung menschenrechtlicher Unsicherheit der Halblegalität nicht länger duldet, dass sie die Kinder der Zuwanderer ausbildet und dass sie deren Potential zur Generierung neuer Arbeitsplätze anerkennt. Dazu verweist die BerlinStudie auf die hohe Quote der von Ausländern gegründeten

Unternehmen und die Zahl der von ihnen geschaffenen Arbeitsplätze; ferner empfahl sie, die Hürden bei der Eintragung in die Handwerkerrollen und bei der Aufnahme von Bankkrediten zu beseitigen. Nichts davon wurde umgesetzt. Zwar begann Berlin ab 2002 damit, seine Migrationspolitik zu liberalisieren; die Stadt zeigte sich offener, für die Brennpunkte der Stadt wurden Quartiersmanager eingestellt. Allerdings dürfte dies nicht der BerlinStudie zuzuschreiben sein; ursächlich dürfte eher die Bundespolitik und ein allgemeiner Sinneswandel sein, der u.a. durch die „Aktion Green Card“, durch das Bundesprogramm „soziale Stadt“ und die Verabschiedung des Einwanderungsgesetzes im Bundestag angestoßen wurde. Gleichwohl blieb dieser Sinneswandel in Berlin halbherzig, denn auch aktive Integration kostet Geld und deshalb sind – wie sich in Neukölln zeigt – Änderung in den Problemquartieren noch kaum spürbar geworden, ganz abgesehen davon, dass mit den Einbürgerungsteste neue Hindernisse drohen.

Das Desinteresse an ausländischen Neubürgern setzt sich fort in der Vernachlässigung der Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten. Anders als Hamburg, ist Berlin keine Handelsstadt. Während der Hamburger Im- und Exportkaufmann mit einem Bein jenseits des Ozeans steht und sich weltoffen in anderen Ländern, ihren Gesetzen, Gesellschaften und Märkten auskennt, pflegt der Berliner – überspitzt gesagt - seine Beamten- und Angestelltenmentalität. Berlin ist – trotz der Nähe zu Mitteleuropa - nicht zur Ost-West Drehscheibe geworden, wie dies nach der Wende in diversen Szenarien und Strategiepapieren antizipiert wurde. Die wirtschaftlichen Verflechtungen der untergegangenen DDR sind verlorengegangen. Neue Kontakte haben diesen Verlust nicht ausgleichen können. Berlin besitzt hier – trotz seiner Nähe – keinen erkennbaren Vorsprung vor jeder anderen deutschen Großstadt. Berlins Exportquote blieb unterdurchschnittlich. Gäbe es nicht die Viadrina, die in Frankfurt/Oder beispielhaft vorführt, wie man grenzüberschreitende Nachbarschaft gestalten könnte, würde es kaum auffallen, was die Politiker der Stadt versäumt haben. Ein Mentalitätswandel ist in Berlin jedenfalls nicht zu spüren. Die räumliche Nähe zu Polen, zu Tschechien, zu den baltischen Staaten oder zu Russland ist in Berlin offenbar kein hinreichender Grund, Neugierde für die östliche Nachbarn zu wecken.

Das Bild wäre noch düsterer, wenn sich nicht gegenläufig auch immer wieder Anzeichen der Erneuerung abzeichnen würden, die hoffen lassen, dass nicht alles grau verschwimmt und die die Berlinwerbung („wir reden nur von Erfolgen“) in ihren Prospekten bunter präsentiert, als sie sind. So sind im Gefolge des Regierungsumzugs zahlreiche regierungsnahe Dienstleistungen, Nachrichten- und Medienunternehmen, Botschaften, Verbände und Firmenvertretungen neu nach Berlin gekommen, die die Stadt zum Forum der internationalen Politik, der Nachrichtenagenturen, der PR Fachleute und der Lobbyisten machen. Aber auch in der Wirtschaft tut sich in einigen Sektoren etwas: In der Biotechnik und in der Medizin gewinnt Berlin ein neues Standbein. Medien-, Werbe- und Softwareunternehmen nutzen das Potenzial hochmotivierter Mitarbeiter, die Modeindustrie und die Filmwirtschaft entwickeln sich erfreulich. Logistikunternehmen haben im Umland kräftig expandiert und auch im Flugzeugbau konnten Berlin und das südliche Brandenburger Umland zulegen. Vor allem aber beweist Berlin sein alte (und einzig wirkliche) Stärke mit europaweiter Ausstrahlung: Im Kreativ-, Kunst- und Kulturbereich rangiert die Stadt ganz oben, ein Segment, von dem u.a. auch der sich positiv entwickelnde Tourismus incl. Hotels und Gastronomie nachhaltig profitiert. In all diesen Bereichen wirken sich Berlins Strategiedefizite offenbar kaum aus; vielmehr sind sie Folge des Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin oder aber überörtliche, oft globale, Trends des Strukturwandels und des Tourismus, die die Metropolregion in ihrem Sog mitziehen. Sie verleihen Berlin – weitgehend unabhängig von der Politik des Senats – Auftrieb, wobei sie gern auf Berlins Pool an jungen qualifizierten Absolventen zurückgreifen, die als „Praktikanten“ oder Berufsanfänger in wechselnden Kurzzeitjobs, bei niedrigen Gehältern auf Berlins unterentwickeltem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen versuchen.

Schwer zu messen ist ihre Langzeitwirkung der BerlinStudie als Katalysator für ein Umdenken in der Stadt. Sie wirkte oft mittelbar, indem sich Journalisten auf sie bezogen oder sie in die Ausbildung der nächsten Generation an Führungsleuten einflöß. Der heutige Leser greift auf die BerlinStudie gerne wegen ihres umfassenden Ansatzes zurück. Als unmittelbar die Politik anleitender Empfehlungskatalog ist die BerlinStudie dagegen kaum noch aktuell, nicht zuletzt, weil einiges, was vor 5 Jahren neu war, heute unaufgerechter betrachtet wird, wenn nicht gar als selbstverständlich gilt. Die stadtöffentliche Meinung hat sich gewandelt. Die BerlinStudie wird schließlich hervorgeholt, wenn in Berlin Wahlen anstehen, denn ihre Empfehlungen eignen sich noch immer als Prüfsteine, um Politiker, die zur Wiederwahl anstehen, zu befragen, welche Vorstellungen sie denn eigentlich von der

Zukunft der Stadt haben und was sie konkret zu tun gedenken.... jenseits aller Marketingsprüche der Berlinwerbung. Auf die BerlinStudie zurückzugreifen, empfiehlt sich, wenn die Wahlkampfretorik genaueren Nachfragen Platz macht und es darum geht, sich ein wirkliches Bild davon zu machen, was eigentlich getan werden müsste, um die Stadt auf einen Pfad der Erholung zu führen.

Gleichwohl, Änderungen vollziehen sich in Berlin unendlich zäh. Berlin verliert Zeit und steht sich bei langfristigen Entscheidungen oft selbst im Wege, während andere Metropolen – prinzipiengeleitet und pragmatisch - längst davonziehen. Vielleicht wird man in einigen Jahren sagen müssen: Berlin hatte seine Chance, leider hat sie diese nicht zu nutzen gewusst.

DR. EBERHARD v. EINEM
Professor für Stadt- und Regionalökonomie an der FHTW Berlin
Schillerstr. 6

10625 B E R L I N – C H A R L O T T E N B U R G

Tel. 030 - 312 37 56 einem@fhtw-berlin.de

Frau
Senatorin Ingeborg Junge-Reyer
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Am Köllnischen Park
10179 B E R L I N

10. Mai 2006

Sehr geehrte Frau Junge-Reyer,

gestatten Sie, dass ich mich direkt an Sie wende. Sie haben kürzlich – zusammen mit Ihrem brandenburgischen Kollegen – über das Leitbild der Metropolregion nachdenken lassen. Jetzt laden Sie zum Stadtforum ein, um über Strategien zu debattieren. Bei allem Respekt: Besitzt die Stadtregion noch immer kein Leitbild, keine Strategie, nur ein Vakuum 16 Jahre nach der Zeitenwende ?

Nun, es ist sicherlich hilfreich, Fachleute einzuladen, um mal wieder miteinander zu reden, Praktiker zu hören und die eigene Meinung zu schärfen, aber – im Ernst – was darf man von einer dreistündigen „Strategie-Zwischenbilanz“ erwarten? Tragfähige Strategien müssen – nach sorgfältiger Analyse – klug abgewogen werden. Gibt es Entwürfe ? Ich denke, an Konzeptpapieren mangelt es nicht. Mehrere Waschkörbe ließen sich damit füllen. Alles Makulatur, vergessen, verstaubt, weggeschlossen ? Berlin ist schon eine sonderbare Stadt. Alle paar Jahre wieder werden die alten Themen ausgegraben, um sie neu zu diskutieren. Muß sich die Stadt immer wieder neu erfinden ? Sie kommt nicht voran; Schicht um Schicht werden immer wieder aufs neue Konzepte übereinander abgelegt, versteinern als Sediment Wissensverluste allerorten.

Verzeihen Sie mir, sehr geehrte Frau Senatorin, meine harschen Worte, aber als jemand, der sich zur Zukunft Berlins wiederholt öffentlich geäußert hat, kann ich mein Gedächtnis nicht abschalten. Zu gut erinnere ich mich noch an frühere Debattenrunden einschließlich meiner eigenen Beiträge dazu, die alle schon um ähnliche Fragen kreisten: an die ersten Überlegungen der Planungsgruppe Potsdam 1989/90, an Bevölkerungsprognosen und Szenarien zu „Berlin 2010“ (mein erstes Szenario datiert vom April 1990), an Stadtplanungsrunden im Schlesischen Bahnhof, später im Architekturzentrum, im Werkbund, bei der DASL, in der TU Berlin, an diverse Zukunftskongresse (einen davon habe ich organisieren dürfen ... im Auftrag Ihres Hauses), an mehr als 60 Sitzungen des Stadtforums, an die Illusionen der Berlin-Brandenburgischen Landesplanung (1993, Stichwort: „dezentrale Konzentration“), an das Leitbild des WZB („aus eigener Kraft“), an unsere BerlinStudie („Stadt des Wissens“), an den Agenda-Prozeß, an die Enquete-Kommission, an Dienstleistungs-, Gewerbeflächen- und Wohnungsmarktstudien, an den Stadtumbau Ost (später auch West), an die „soziale Stadt“, an eigene Gutachten und Bücher zum Technikwandel, zur Arbeitsmarktsituation und zur Abwanderung der Berliner Industrie (1996) sowie – zuletzt 2006 – zum Rückzug der Banken aus der Finanzierung des Mittelstandes und die Folgen für die Stadt (URBAN II, liegt in Ihrem Haus vor) ...

In den letzten Jahren ist es stiller um Berlins Aussichten als Metropole geworden. Die alles überschattende Finanzkrise dämpft die alte Debatierfreudigkeit. Deshalb mag es gut sein, dass Sie als verantwortliche Senatorin die Fäden wieder aufnehmen..... Andere Städte antworten gerade in Zeiten der Dürre mit einem Feuerwerk an innovativen, pragmatisch umsetzbaren Ideen. Da könnte Berlin einiges lernen. Die u.a. von Ihnen angezettelte Leitbilddebatte in Berlin und Potsdam schmeckt dagegen eher wie kalter Kaffee. Wo bleibt das aufregend Neue ? Ich wünsche Ihnen für die nächste Runde eine glücklichere Hand, denn – ich kann es nicht verheimlichen – es schmerzt und erfüllt mich mit Traurigkeit – Zeuge zu werden, wie diese Stadt (die auch „meine“ ist) einfach nicht auf der Höhe der Zeit mithalten kann, wie sie die Befunde der internationalen wissenschaftlichen Stadtforschung nicht mehr wahrnimmt, sich abkoppelt, ideenlos dahindümpelt und ihre Zukunftschancen verspielt.

Als einer der Autoren der BerlinStudie, überreiche ich Ihnen meine „Bilanz“ zur Umsetzung unserer Empfehlungen in den letzten 5 Jahren. Sie erscheint in Kürze in einer Tageszeitung.

Mit freundlichen Grüßen

DR. EBERHARD v. EINEM
Professor für Stadt- und Regionalökonomie an der FHTW Berlin
Schillerstr. 6

10625 B E R L I N – C H A R L O T T E N B U R G

Tel. 030 - 312 37 56 einem@fhtw-berlin.de

Süddeutsche Zeitung
Redaktion
z.Hd. Herrn Ph. Grassmann
Französische Str. 47

10117 B E R L I N

10. Mai 2006

Sehr geehrter Herr Grassmann,

im Anschluß an unser Telefongespräch sende ich Ihnen den angekündigten Text.

Es handelt sich um eine 5-Jahres-Bilanz zur sog. BerlinStudie. Ich bin einer der Autoren dieses 2001 veröffentlichten Berichts zur Zukunft der Stadt Berlin. Exemplarisch wird dargelegt, wie der Senat mit Empfehlungen umgeht, die ursprünglich durch die EU angeregt worden waren und wie – infolge des Bankenskandals – andere dringende Reformen unterbleiben.

Vor dem Hintergrund des kommenden Wahlkampfes, aber auch des in Karlsruhe anhängigen Streits zum Länderfinanzausgleich könnte das Thema Aktualität für sich beanspruchen.

Ich würde mich freuen, wenn wir in der kommenden Wochen einmal telefonieren könnten.

Mit freundlichen Grüßen

DR. EBERHARD v. EINEM
Professor für Stadt- und Regionalökonomie an der FHTW Berlin
Schillerstr. 6

10625 B E R L I N – C H A R L O T T E N B U R G

Tel. 030 - 312 37 56 einem@fhtw-berlin.de

Die Z E I T
Hauptstadtbüro
Berlin Redaktion

Friedrichstr. 153 a
10117 B E R L I N

10. Mai 2006

E N T W U R F

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie, dass ich Ihnen unaufgefordert ein Manuskript anbiete, das – vorausgesetzt, Sie halten es für geeignet – in der ZEIT abgedruckt werden könnte (ggf. auch gekürzt).

Es handelt sich um eine 5-Jahres-Bilanz zur sog. BerlinStudie. Ich bin einer der Autoren dieser 2001 veröffentlichten Berichts zur Zukunft der Stadt Berlin. Exemplarisch wird dargelegt, wie der Senat mit Empfehlungen umgeht, die ursprünglich durch die EU angeregt worden waren und wie – infolge des Bankenskandals – andere dringende Reformen unterbleiben.

Vor dem Hintergrund des kommenden Wahlkampfes, aber auch des in Karlsruhe anhängigen Streits zum Länderfinanzausgleich könnte das Thema Aktualität für sich beanspruchen.

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei (Herausgeber)

Die BerlinStudie Strategien für die Stadt

REGIOVERLAG



Dieses Projekt wurde durch den Europäischen Fonds
für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert.

Die BerlinStudie – Strategien für die Stadt

Akteure

Arbeitsgruppe ›Berlin – zivile Wege in das 21. Jahrhundert‹

Brake, Klaus, Prof. Dr. (Sprecher)
von Einem, Eberhard, Prof. Dr.
Fehse, Johannes
Hahn, Ekhart, Dr.
Heine, Michael, Prof. Dr.
Hesse, Markus, Dr.
Heuer, Hans, Dr.
Hunger, Bernd, Dr.
Krüger, Thomas
Münz, Rainer, Prof. Dr.
Ohder, Claudius, Prof. Dr.
Poelchau, Jurij, Dr.
Reissert, Bernd, Prof. Dr.
Schäfer, Rudolf, Prof. Dr.
Schmid, Günther, Prof. Dr.
Schneider, Bernhard
Schulz zur Wiesch, Jochen, Prof. Dr.
Schwarz, Karl
Stuber, Martin (Koordination)
Vogelsang, Lars
Zimmermann, Herbert

Kooperation:

Dörhage, Walter, Dr.
Heisig, Peter

Stadt- und Regionalentwicklung
Stadt- und Regionalökonomie
Stadtplanung
Stadtökologie
Wirtschaftswissenschaften
Mobilitätsforschung
Wirtschaftsberatung
Stadtsoziologie
Sozialpolitik
Bevölkerungswissenschaft
Kriminologie
Umweltpolitik
Arbeitsmarktpolitik
Planungsrecht
Arbeitsmarktpolitik
Kulturpolitik
Stadt- und Organisationssoziologie
Wissenschaftsplanung
Regionalpolitik
Energie- und Klimapolitik und Partizipation
Stadtplanung

Wissenschaftsmanagement
Wissensmanagement/Benchmarking

Internationale Experten für europäische Städtepolitik

Klotz, Arnold, Prof. Dr.
Konwitz, Josef W.
Kunzmann, Klaus, Prof. Dr.
Nijkamp, Peter, Prof. Dr.

Stadtbaudirektion Wien
OECD, Urban Affairs Division, Paris
Universität Dortmund
Free University Amsterdam